O-05 Erneuern wir das Versprechen unserer Demokratie!

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	07.10.2026
Tagesordnungspunkt:	O TOP 02 - Verantwortung übernehmen, Orientierung geben, Vertrauen gewinnen

Antragstext

Das Jahr 2026 hat fundamentale Gewissheiten der Bundesrepublik Deutschland erschüttert. Am 6. Oktober ist zum ersten Mal seit dem Ende des Nationalsozialismus ein Mitglied einer rechtsextremen Partei an die Spitze eines deutschen Parlamentes gewählt worden – nicht nur mit den Stimmen der rechtsextremen AfD-Fraktion selbst oder der Steigbügelhalter vom BSW. Mindestens vier Stimmen kamen aus einer der weiteren, demokratischen Fraktionen. Eine solche Wahl ist nicht normal und darf auch nicht bagatellisiert werden. Wir werden uns mit unserer Fraktion und darüber hinaus gegen die schleichende Normalisierung der rechtsextremen Landnahme stellen.

In dieser Zeit braucht Deutschland eine politische Kraft mit klarer Haltung und dem Willen, Probleme zu lösen. Diese Kraft wollen wir sein. Wir sind dankbar und nehmen die Verantwortung sehr ernst, die uns die Bürger*innen mit ihrer Stimme bei den Wahlen 2026 gegeben haben.

Denn als Bündnisgrüne können wir auch stolz auf 2026 schauen. Mit Cem Özdemir stellen wir entgegen vielen Erwartungen weiter den baden-württembergischen Ministerpräsidenten. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern konnten wir nach engagierten Wahlkämpfen unter der Führung unserer Spitzenkandidatinnen Suse Sziborra-Seidlitz und Claudia Müller den Wiedereinzug in die Landtage schaffen. In Rheinland-Pfalz haben wir den Einzug in die Regierung verpasst, aber ein stabiles Ergebnis erreicht. In Berlin können wir Teil einer künftigen Regierung sein, aber relevante Hürden sind dafür erst noch zu überwinden. Die Kommunalwahlen ziehen von Bayern nach Niedersachsen eine Linie. Wir sind in neue Landratsämter und Rathäuser eingezogen und haben bestehende verteidigt. Die Landeshauptstädte München und Hannover werden in den kommenden Jahren von grünen Oberbürgermeistern geführt.

Insbesondere in den Wahlkämpfen in den ostdeutschen Flächenländern sind wir als Gesamtpartei über uns hinausgewachsen – und zwischen Ost und West weiter zusammengewachsen – ein Spirit, der auch unserem Land gerade guttäte. Unsere Erfolge gingen einher mit wachsenden Zweifeln in der Bevölkerung gegen die Politik an sich, was sich auch am schlechten Abschneiden der traditionellen Volksparteien zeigte.

Wir blicken mit Sorge auf die tiefgreifenden Verschiebungen der politischen Landschaft. Unserer gewachsenen Verantwortung sind wir uns bewusst, ihr wollen wir in dieser Zeit gerecht werden.

Das Misstrauen erkennen

Die Wahlergebnisse insbesondere in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zeigen bei aller Unterschiedlichkeit einen gemeinsamen Befund: Sie waren

ein deutliches Misstrauensvotum gegenüber dem Status quo. Jede*r Vierte gibt an, die Parteien – durchweg – würden sich nicht um die wirklichen Probleme des Landes kümmern. Jede*r Zweite sagt: Zu den größten Problemen der Politik zählen die Politik selbst, die Politiker*innen, Parteien, ihre Rituale und Mechanismen. Das Vertrauen in die Lösungsfähigkeit des Staates ist auf einem Tiefstand. Und selten zuvor hatten Menschen so viel – oft berechtigte – Angst vor wirtschaftlichem und sozialem Abstieg, individuell wie kollektiv. Sie erleben, wie sich mancherorts ländliche Räume entvölkern, wie Arbeit entwertet wird durch neue Technologien oder unfaire Konkurrenz aus China, wie Industriebetriebe, die einstmals der Stolz ganzer Regionen waren, geschlossen werden.

Nach diesem Wahljahr müssen wir innehalten. Es hat uns die Zerbrechlichkeit unserer politischen Ordnung, unserer demokratischen Grundordnung und ihrer wirtschaftlichen Ausgestaltung in aller Brutalität vor Augen geführt. Während sich die Berliner*innen für einen progressiven Politikwechsel ausgesprochen haben, haben in zwei Ländern um die 40 Prozent der Menschen eine verfassungsfeindliche Partei gewählt. Angesichts dessen kann niemand behaupten, man hätte die eigene Politik einfach nicht gut genug „erklärt“ oder „vermittelt“.

Es ist in diesem Sinne auch ein wachsendes Misstrauen gegenüber unserer liberalen Demokratie, wie sie sich den Bürger*innen gerade präsentiert, also dem Staat und seinen Institutionen, vor allem aber der praktischen Politik. Von der Verantwortung für diese Entwicklung kann sich niemand freisprechen – auch wir nicht. Dabei sind die Probleme vielfältig. Alle kennen das Gefühl, dass die Welt kopfsteht. Die Wahrheit ist, dass viele Probleme externe Ursachen haben oder zumindest durch Faktoren verstärkt werden, die wir nicht beeinflussen können. Trotzdem ist es die Aufgabe der Politik, wieder Vertrauen in die Handlungs- und Lösungsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens zu schaffen – und auch ehrlich zu sagen, wo es schwierig wird, wo Politik an ihre Grenzen stößt. Wir entwickeln unsere Ideen mit Blick auf die Wirklichkeit, wir vertreten sie selbstbewusst und gesprächsoffen. Und wir bleiben die Partei der Ehrlichkeit: Es ist wichtig, keine einfachen Lösungen vorzugaukeln, denn am Ende führt das nur zu Enttäuschung und Verdruss.

Das rechtsextreme Aufbegehren gegen unser politisches System ist kein emanzipatorisches Projekt zur Verbesserung des Lebens in unserem Land. Es ist der Versuch eines autoritären Staatsumbaus, der rechtsstaatliche Errungenschaften bekämpft und den Sozialstaat schwächt. Freiheitsrechte werden in Frage gestellt, Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung verstanden. Den Schwächsten sollen Freiheit, Sicherheit und Würde genommen werden. Diese Bedrohung steht einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft entgegen und verletzt die Werte unserer Verfassung. Aber die Zerstörer unserer demokratischen Ordnung gewinnen von Wahl zu Wahl, von Umfrage zu Umfrage weiter Zuspruch, weit über das Spektrum derer hinaus, bei denen ein geschlossen rechtsextremes oder anderweitig totalitäres Weltbild zu Hause ist.

Wer nicht möchte, dass unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen an seinen tatsächlichen Unzulänglichkeiten scheitert, muss bereit sein, diese Unzulänglichkeiten anzugehen. Wir müssen dem Unbehagen über die Zuständen und dem Drang der Bürger*innen nach Veränderung eine Stimme geben: Eine Stimme der Vernunft und der Tatkraft, um den Gegner*innen und Feind*innen liberaler Demokratien den Nährboden zu entziehen. Es geht um das Versprechen eines

funktionsfähigen Staates auf der Höhe der Zeit und einer Politik, die nah bei den Bürger*innen ist. Es geht um Parteien, die sich nicht als Selbstzweck begreifen, und eine lebendige Demokratie, die konstruktiv um die besten Lösungen für das Land ringt, die tatsächlich alle sieht und hört und das Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen für die Vielen einlöst. Es ist richtig, dass wir uns nach Kräften bemühen, unsere Demokratie zu schützen – aber das reicht nicht aus. Es geht darum, ihr Versprechen zu erneuern.

Wir brauchen eine grundlegende Diskussion über die Funktionsweisen des politischen Betriebs mit seinen starren Ritualen und destruktiven Mechanismen zwischen Regierung und Opposition und oftmals auch innerhalb der Regierung selbst. Wir brauchen eine Debatte über die Auswahlmechanismen für politisches Personal, damit wir verhindern, dass relevante Teile der Gesellschaft keine politische Repräsentation mehr erleben. Wenn etwa nur ein Drittel der Gesellschaft einen akademischen Abschluss hat, im Deutschen Bundestag aber 90 Prozent, ist es kein Wunder, dass die Entfremdung zwischen dem politischen Betrieb und immer größeren Teilen der Bevölkerung wächst. Wir brauchen ein Upgrade der in Teilen unzulänglichen und veralteten Staatsorganisation und eine Weiterentwicklung unserer volkswirtschaftlichen Ordnung, um zukünftig wieder wettbewerbsfähig zu sein und Wohlstandsgewinne fair zu verteilen. Und wir brauchen eine ehrliche und selbstkritische Befassung mit unserer politischen Praxis und den Prioritäten unserer Arbeit, wenn wir der Verantwortung gerecht werden wollen, die sich aus dieser Lage ergibt.

Das Versprechen der Demokratie erneuern

Wir sind dankbar für jede Demonstrant*in und jede Aktivist*in, die sich in diesen Tagen, in den nächsten Wochen und Jahren friedlich, aber entschlossen den Rechtsextremen entgegenstellen, mit buntem und lautem Protest, solidarisch mit allen, die unter ihnen leiden und ihre Heimat zu verlieren drohen. Auch der beherzte Protest gegen die kulturkämpferisch aufgeladenen Kürzungen der schwarz-roten Bundesregierung bei der Unterstützung von Demokratieprojekten und -akteur*innen ist wichtig, der Protest gegen die repressive Bedrohung der kritischen Zivilgesellschaft, gegen das schleichende Ausbluten demokratischer Strukturen. Gleichzeitig braucht es jetzt auch nüchterne Analyse, gemeinsames Nachdenken, Reflexion, Mut zur Selbstkritik und zu grundlegenden Veränderungen.

„Mehr Demokratie wagen“ war die richtige Antwort, die Willy Brandt auf die Staatskrise der 1960er Jahre in der alten Bundesrepublik gegeben hat. In den letzten Jahren haben wir oft formuliert, dass wir „unsere Demokratie verteidigen“ müssen. Das reicht nicht mehr aus. Es muss uns darum gehen, das Versprechen von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft zu erneuern. Das Versprechen, dass Menschen gesehen und gehört werden, an den Entscheidungen teilhaben können und sie von den Erträgen unserer volkswirtschaftlichen Ordnung auch profitieren, muss untermauert und erneuert werden.

Den Staat erneuern

Der Staat muss neu justiert werden. Er fehlt zu oft, wenn es darum geht, eine verlässliche Infrastruktur und Sicherheit zu gewährleisten, und ist zuweilen omnipräsent, wo er die Menschen an Selbstwirksamkeit und Unternehmertum hindert. So belastet die an allen Ecken und Enden aus dem Ruder gelaufene Bürokratie Ehrenamtliche wie Gründer*innen gleichermaßen. Verwaltung muss den Bürger*innen dienen und nicht sich selbst.

Wir halten eine grundlegende Staatsreform für notwendig, deren Dimension über eine reine Föderalismusreform hinausreicht. Unser föderaler Staatsaufbau folgt einer historischen Lehre, aber er erweist sich in seiner Praxis immer häufiger als dysfunktional.

Das schlimmste Missverhältnis im Staatsaufbau, vor allem aber in unserer politischen Praxis, zeigt sich am Umgang mit unseren Kommunen. Ausgerechnet die Ebene, die in der Bürgerschaft positive Erfahrungen von Wirksamkeit und staatlicher Handlungsfähigkeit auslösen könnte, ist die strukturell am schlechtesten ausgestattete. Immer mehr Aufgaben sollen sie erledigen, um jeden Cent zur Erfüllung dieser Aufgaben müssen sie kämpfen. Bundesfinanzminister lassen sich für Steuersenkungen feiern, die Bürgermeister*innen und Landrät*innen den letzten Fetzen Handlungsfähigkeit rauben. Wir brauchen eine sehr grundsätzliche Umverteilung staatlicher Finanzen auf die Kommunen und einen Abbau einer immer weiter ausufernden Fördermittelbürokratie zu Gunsten struktureller Gestaltungskraft der Kommunen.

Die Einführung von Bürgerräten beim Deutschen Bundestag war ein richtiger Schritt, um die parlamentarische Demokratie durch eine direkte Beteiligung von Bürger*innen bei der Klärung gesellschaftlicher Herausforderungen zu fördern. Es ist ein großer Fehler, dass die neue Bundestagspräsidentin dieses Instrument nicht weiterführt. Es wäre aber auch ein Fehler, nicht aus den Erfahrungen der ersten Bürgerräte zu lernen. Sie sind keine Standardantwort für alle Repräsentationsdefizite. Die wichtigste Bedingung für das Gelingen eines Bürgerrats auf der Bundesebene ist, dass er ein klar umgrenztes, gesellschaftlich relevantes Thema mit eindeutiger Bundeskompetenz behandelt, dass seine Empfehlungen öffentlich gemacht werden und dass die Politik seine Ergebnisse ernst nimmt.

Ein großer Auftrag bleibt es, Transparenz und Integrität der Institutionen zu stärken. Für Staat und Politik müssen Gerechtigkeit und Gleichbehandlung unerschütterliche Grundsätze sein. Das unter dem Druck der Maskenaffären geschaffene Lobbyregister war ein erster und wichtiger Schritt, aber er reicht bei weitem nicht aus. Noch immer sehen wir, dass finanzstarke Lobbyist*innen ihre Anliegen besser durchsetzen können als die Zivilgesellschaft, die das Gemeinwohl vertritt. Nichts ist für das Vertrauen in Politik so schädlich wie der Eindruck, dass politische Entscheidungen gekauft werden können. Wir halten an unseren Forderungen fest, Integrität, Rechenschaftspflicht und Transparenz von Regierung und Parlament zu stärken und auch die Parteienfinanzierung zu reformieren. Wenn der Eindruck entsteht, man gängele die Kleinen und lasse die Großen laufen, ist die Saat des Misstrauens gelegt. Deswegen ist es beispielsweise so entscheidend, dass Staat und Politik auch den Großen nachspüren und organisierte Finanz- und Wirtschaftskriminalität endlich zu einem Schwerpunkt machen und nicht die Frage, wie ein Restaurant im Sommer die Tische auf dem Gehweg platziert.

Demokratie schützen

Wenn in verschiedenen Bundesländern 40 Prozent der Wähler*innen eine verfassungsfeindliche Partei wählen, erwächst hieraus ein sehr ernstes Sicherheitsrisiko: ein Sicherheitsrisiko für unsere Gesellschaft und die Menschen, die hier leben. Es ist höchste Zeit, diesem Sicherheitsrisiko sehr entschieden zu begegnen.

Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben aus den Schwächen der Weimarer Republik und der Katastrophe des Nationalsozialismus Lehren gezogen und uns genau hierfür Instrumente in unserem Grundgesetz angelegt. Es ist Zeit, sie jetzt parteiübergreifend zu nutzen. Das Bundesverfassungsgericht muss endlich von Bund und Ländern in die Lage versetzt werden, zu prüfen, ob die AfD verfassungswidrig ist und somit angesichts der Bedrohung verboten werden muss.

Gleichzeitig ist es höchste Zeit, dass wir weiter daran arbeiten, unseren Rechtsstaat vor den Verfassungsfeind*innen zu schützen. Wir treten dafür ein, dass die Wahl von Richter*innen an Landesverfassungsgerichten ebenso abgesichert wird wie auf Bundesebene. Die Unabhängigkeit der Justiz wollen wir stärken und das politische Weisungsrecht gegenüber den Staatsanwaltschaften deutlich einschränken.

Wir treten dafür ein, dass unsere Behörden konsequent vor dem Einfluss von Verfassungsfeind*innen geschützt werden. Dazu zählt, dass Beamt*innen konsequent aus dem Dienst entfernt werden, wenn sich Zweifel an ihrer Verfassungstreue ergeben. Sollte die AfD in Sachsen-Anhalt oder irgendwo anders eine Regierung anführen, muss der Datenaustausch von Polizei und Verfassungsschutz im Informationsverbund auf ein absolutes Minimum reduziert und sensible Daten von Menschen und Staat geschützt werden.

Die Herzkammern der Demokratie sind die Parlamente. Wir wollen, dass alle Landesparlamente so aufgestellt werden, dass sie widerstandsfähig gegenüber den Feind*innen der Demokratie sind. Parlamentarische Prozesse müssen so abgesichert werden, dass sie nicht durch Verfassungsfeind*innen sabotiert werden können und gleichzeitig die Rechte der Opposition wahren.

Für uns als Bündnis 90/Die Grünen ist unmissverständlich klar, dass wir keine Mehrheiten mit der AfD im Parlament suchen oder Vertreter*innen der AfD in parlamentarische Positionen oder Regierungsämter wählen. Die gleiche Klarheit erwarten wir von unseren demokratischen Mitbewerber*innen. Eine Zusammenarbeit mit Verfassungsfeind*innen muss jederzeit ausgeschlossen sein.

Rechtsextreme und ihre Gruppierungen stellen ein sehr ernstes und ganz konkretes Sicherheitsrisiko dar. Wir wollen, dass unsere Sicherheitsbehörden entschieden gegen rechtsextreme und rechtsterroristische Strukturen vorgehen. Ihre Netzwerke müssen aufgeklärt, zerschlagen und Finanzierungsquellen trockengelegt werden. Verfassungsfeind*innen gehören konsequent entwaffnet. Wo immer notwendig, müssen Betätigungs- und Vereinsverbote gegen verfassungsfeindliche Organisationen ausgesprochen werden.

Das beste Mittel gegen Extremismus ist Prävention. Wir stehen weiter an der Seite der vielfältigen Träger der Präventionsarbeit. Mit Aufklärungsarbeit, Deradikalisierung und Programmen für Aussteiger*innen leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Wir fordern eine verlässliche Finanzierung der Demokratieförderung und eine Stärkung der Arbeit von Programmen wie „Demokratie leben!“.

Unsere politische Praxis verändern

Alle demokratischen Parteien haben in der Vergangenheit zu oft den Fehler gemacht, den öffentlichen Raum, gerade den ländlichen Raum, den Verfassungsfeind*innen zu überlassen. Wenn wir das wieder rückgängig machen wollen, müssen wir unsere politische Praxis neu justieren.

Die Wahlen in diesem Jahr haben einmal mehr gezeigt, dass Wahlkampf nah an den Menschen ein Erfolgsrezept ist. Starke, authentische Spitzenkandidat*innen und eine strategisch zugespitzte Kampagne waren wichtige Voraussetzungen. Wir waren zudem eine sehr sichtbare Partei, die den öffentlichen Raum nicht den Verfassungsfeind*innen überlassen hat. Wir haben die Wahlkämpfe nicht von großen Bühnen herabgeführt, sondern in direkten Begegnungen, etwa bei unzähligen Haustürgesprächen, auf Campingplätzen, an Straßenkreuzungen, in Kneipen, Dönerläden, beim Eisessen, in Bäckereien oder auf Hüpfburgen und Marktplätzen, mit einer Limo oder einem Bier in der Hand. Und wir haben erlebt: Überall wollten Menschen mit uns ins Gespräch gehen. Wir haben uns nicht versteckt, wie andere Parteien, sondern waren in voller Präsenz, mit der Kraft tausender Wahlkämpfender aus dem gesamten Bundesgebiet, überall ansprechbar.

So klar, wie wir die Brandmauer als Schutz unserer Institutionen vor Verfassungsfeind*innen hochhalten, so klar ist auch: Wir brauchen keine Mauern gegenüber den Menschen, die sich an antidemokratischen Parteien orientieren. Es war ein Fehler, das Gespräch mit jenen, die sich von der „etablierten Politik“ abgewandt haben, in der Vergangenheit nicht intensiver zu suchen. Aber noch ist es nicht zu spät. Die Erfahrungen aus diesem Wahlkampf, in dem immer wieder Gespräche einen unerwartet positiven Ausgang genommen haben, ermutigen uns, diesen Weg weiterzugehen. Er setzt auf Begegnung statt Belehrung, darauf, im Gegenüber nicht die Anhänger*in einer Partei, sondern den Menschen zu sehen, ihm auf Augenhöhe, mit Respekt und Neugierde zu begegnen. Er setzt auch darauf, kulturkämpferische Auseinandersetzungen hinter uns zu lassen, denn der Kulturkampf verschleiert häufig nur ungelöste materielle Konflikte.

Es geht daher nicht nur um den nächsten Fachvortrag oder eine Gremiensitzung, sondern auch um das vermeintlich Unpolitische: Menschen brauchen Kontakt, müssen zusammenkommen, Gemeinsamkeiten entdecken. Auch als politische Kraft müssen wir wieder mehr Begegnungen ermöglichen, mit Familienfesten, Mitmachaktionen, Beratungs- oder Unterstützungsangeboten oder einfach beim gemeinsamen Grillen – und das nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Und diese Ansprechbarkeit gilt es mit unseren Inhalten so zu verbinden, dass Bürger*innen nicht nur Meinungen hören, sondern durch praktische Angebote beim sozial-ökologischen Wandel mitmachen können. Es geht darum, lokale Bündnisse zu schmieden: mit Vereinen, Initiativen, Kirchen oder dem Handwerk. Wir wollen Formate schaffen, die Zusammenarbeit erlebbar machen und einen Mehrwert schaffen. Um Vertrauen bei den Menschen zu gewinnen, bedarf es einer stetigen Präsenz und Ansprechbarkeit. Mit Empathie und Offenheit wollen wir gemeinsam Lösungen entwickeln.

Nähe und Ansprechbarkeit, die wir nur um ihrer selbst willen aufbauen, schaffen aber noch kein tragfähiges Vertrauen. Für nachhaltiges Vertrauen brauchen die Menschen positive Erfahrungen – also konkrete Erlebnisse, wie Politik im Alltag und ganz konkret vor Ort wirksam wird und Dinge zum Besseren verändert. Sie brauchen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, davon, dass sie ihr Leben, ihr Umfeld, ihre Zukunft prägen können.

Nähe und Vertrauen wachsen dabei nicht über Nacht, sondern entstehen nur dann, wenn wir als gesamte Partei über alle Ebenen hinweg gemeinsam an einem Strang ziehen, und zwar dauerhaft. Dafür müssen wir als Partei langfristig unsere Arbeitsweise und unsere Parteistrukturen weiterentwickeln. Mit der erfolgreichen Satzungsreform haben wir in diesem Jahr wichtige Grundlagen geschaffen. Nun gilt es, unsere Arbeitsweise ab 2027 auf allen Ebenen maßgeblich zu verändern – und

dies werden wir auch tun. Und wir intensivieren das Zusammenwachsen unserer Partei: Nun kommen Wahlkämpfende aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und anderen nicht-wahlkämpfenden Bundesländern in die Regionen, in denen jede helfende Hand und Unterstützung am dringendsten gebraucht wird.

2027 ist das Jahr, in dem wir den Erneuerungskurs fortsetzen. Wir wollen als Partei aneinander und miteinander wachsen. Nicht nur für uns, für unser Land.

Einfache Sprache

Worum es geht
Am 6. Oktober 2026 hat ein deutsches Parlament zum ersten Mal einen Rechtsextremen zum Präsidenten gewählt. Mindestens vier Stimmen dafür kamen von einer demokratischen Partei. Für die Grünen ist das nicht normal. Sie wollen sich dagegen wehren.

Wie das Wahljahr 2026 für die Grünen war
Es gab gute Ergebnisse. Cem Özdemir ist Ministerpräsident in Baden-Württemberg. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sind die Grünen wieder im Landtag. München und Hannover bekommen grüne Oberbürgermeister. Viele Menschen trauen der Politik aber immer weniger.

Das Problem: Viele Menschen haben kein Vertrauen mehr

- Jede zweite Person sagt: Die Politik selbst ist ein großes Problem.
- Viele Menschen haben Angst, ihre Arbeit oder ihren Wohlstand zu verlieren.
- In zwei Bundesländern haben etwa 40 von 100 Menschen eine Partei gewählt, die gegen das Grundgesetz ist.

Die Grünen sagen: Daran sind alle Parteien mitschuld, auch wir. Es reicht nicht, die Politik nur „besser zu erklären“. Die Politik muss sich wirklich ändern.

Was die Grünen wollen

1. Den Staat besser machen

- Weniger Bürokratie, zum Beispiel für Ehrenamtliche und Gründer*innen.
- Städte und Gemeinden sollen viel mehr Geld bekommen. Dort merken die Menschen direkt, ob Politik etwas bewirkt.
- Bürgerräte sollen weitergeführt werden. Dort reden normale Bürger*innen bei wichtigen Themen mit.
- Mehr Transparenz: Reiche Lobbyisten sollen nicht mehr Einfluss haben als andere. Wirtschaftskriminalität soll stärker verfolgt werden.
- Im Parlament sollen mehr Menschen ohne Studium vertreten sein. Heute haben dort 90 von 100 Abgeordneten einen Hochschulabschluss, in der Bevölkerung nur 1 von 3.

2. Die Demokratie schützen

- Das Bundesverfassungsgericht soll prüfen, ob die AfD verboten werden muss.
- Gerichte und Justiz sollen besser vor Verfassungsfeind*innen geschützt werden.
- Beamt*innen, die nicht zum Grundgesetz stehen, sollen aus dem Dienst entfernt werden.
- Die Grünen arbeiten nie mit der AfD zusammen und wählen keine AfD-Leute in Ämter. Das erwarten sie auch von den anderen demokratischen Parteien.
- Rechtsextreme Netzwerke sollen zerschlagen und entwaffnet werden.
- Projekte gegen Extremismus, wie „Demokratie leben!“, sollen sicher Geld bekommen.

3. Anders Politik machen

- Näher bei den Menschen sein, nicht nur im Wahlkampf. Zum Beispiel bei Gesprächen an der Haustür, auf Festen oder beim Grillen.
- Auch mit Menschen reden, die rechte Parteien wählen. Zuhören statt belehren.
- Mit Vereinen, Kirchen und dem Handwerk vor Ort zusammenarbeiten.
- Die Menschen sollen selbst erleben, dass Politik ihr Leben besser macht.
- Ab 2027 will die Partei ihre Arbeitsweise auf allen Ebenen ändern.

Das Ziel
Es reicht nicht mehr, die Demokratie nur zu verteidigen. Ihr Versprechen muss erneuert werden: Alle Menschen werden gesehen und gehört, alle können mitbestimmen und alle haben etwas vom Wohlstand.